

**4 Worten müssen Taten folgen – Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert die unverzügliche Einführung einer Finanztransaktionssteuer**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/3767

**Stefan Zimkeit** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, der Kollege Möbius hat einen falschen Textbaustein in seinem Computer gefunden. Er hat wieder sehr viele allgemeine falsche Behauptungen zum Sparwillen der Landesregierung aufgestellt. Zur eigentlichen Kernaussage, wie er zu dem Antrag steht, ob er denn in dieser Frage auf der Seite der Bundeskanzlerin steht oder ob die Landes-CDU eine eigene Position beschreibt, hat er sehr wenig gesagt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Er hat vom kleinen Karo gesprochen. Ich glaube, es war ein ganz kleines Karo, Herr Möbius, was Sie da abgeliefert haben. Warum haben Sie nicht den Mut gehabt, zu sagen: „Wir haben im Juni einen Fehler gemacht, als wir gegen einen solchen Antrag gestimmt haben, die Positionen haben sich mittlerweile verändert, wir haben die Größe zu sagen: Jetzt stimmen wir dieser inhaltlichen Positionierung zu“, wenn schon nicht aus inhaltlicher Überzeugung, dann doch vielleicht mindestens aus Solidarität zur Kanzlerin?

Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass Sie die Position der Bundeskanzlerin, die Spekulanten an den Kosten zu beteiligen, nicht teilen, sondern dass die NRW-CDU hier einen Sonderweg gehen will. Da stellt sich mir die Frage: Wie steht denn der CDU-Landesvorsitzende dazu? Sagt der CDU-Landesvorsitzende Ja oder Nein zu dem vorgelegten Modell, das auch die Kanzlerin unterstützt? Wahrscheinlich sagt er in Berlin im Kabinett Ja, weil die Kanzlerin da ist, und hier vor Ort mit der CDU Nein.

Es ist natürlich – mehrere Rednerinnen und Redner haben es angesprochen – richtig: Die Finanztransaktionssteuer löst nicht alle Probleme – nicht alle Finanzprobleme und erst recht nicht alle Finanzmarktprobleme. Das behauptet niemand. Was wir behaupten und für richtig halten, ist, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ist, dass Spekulanten an den Kosten beteiligt und besonders kurzfristige hochspekulative Anlagen belastet werden. Natürlich ist das ein Unterschied. Die Belastungen für langfristige Anlagen sind selbstverständlich geringer als für kurzfristige häufig wechselnde Anlagen. Insofern gibt es auch eine Steuerungswirkung.

Liebe Kollegin Freimuth, wenn Ihnen diese Steuerungswirkung nicht ausreicht, können wir uns doch sehr schnell verständigen. Wir können dann doch gemeinsam an einer Position arbeiten, die auch hier im Landtag noch einmal beschreibt, wie wir zusätzliche Steuerungswirkungen bei den Finanzmärkten durchsetzen können. Wir sind da jederzeit zu Gesprächen bereit. Dies darf aber nicht dazu führen, auf die Einführung einer Spekulationssteuer zu verzichten.

Wir wissen: So ganz ist die FDP auch nicht dagegen. Der Finanzminister hat es angesprochen: In der mittelfristigen Finanzplanung des Bundeshaushaltes stehen 2 Milliarden €. Und jeder, der sich mit diesem Thema beschäftigt hat – das wird ja wohl auch die FDP-Bundestagsfraktion getan haben –, wusste doch, dass Großbritannien einer solchen Lösung nicht zustimmen wird. Trotzdem ist zugestimmt worden, 2 Milliarden € in den Haushalt auf-

zunehmen. Es wäre dann glaubwürdig, jetzt zu sagen: Wir müssen es ohne Großbritannien tun.

Ich kann nur noch einmal appellieren: Lassen Sie uns gemeinsam auf die Bundesregierung zugehen, damit diese Finanztransaktionssteuer endlich eingeführt wird und ihren vielen Worten endlich Taten folgen.

(Beifall von der SPD)

